



HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2015

ULA

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Anhörung und Befragung der unabhängigen Experten der Hessischen Landesanstalt für Umwelt und Geologie zur Salzabwasserversenkung durch die K+S AG

Der Landtag wolle beschließen:

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 16.04.2015 hat die K+S AG - auf Einladung der Ausschussvorsitzenden - die neueste Version des von ihr entwickelten 3D-Grundwassermodells zur Nachverfolgung der versenkten Salzabwässer vorgestellt. Grundlegende These der Vertreter von K+S war, dass es außerhalb der Aufstiegszonen keinen Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Chloridionen in Trinkwasserbrunnen (Versalzung) und der Versenkung von Salzabwässern gebe. Bekanntermaßen teilen die unabhängigen und dem Gemeinwohl des Landes Hessen verpflichteten Experten der Fachbehörde für Umwelt und Geologie (HLUG) diese These der K+S AG nicht. Sie sind der Auffassung, dass "mehrfach Veränderungen der Beschaffenheit des zur Trinkwassergewinnung genutzten Grundwassers festzustellen [sind], die offensichtlich in Zusammenhang mit der Salzabwasserversenkung stehen. Eine durch nachströmendes und hochkonzentriertes Salzwasser auch kurzfristig eintretende Gefährdung der Trinkwasserversorgung kann nicht für alle Gewinnungsanlagen ausgeschlossen werden" (hydrogeologische Stellungnahme des HLUG vom 10.07.2014; 8).

Aufgrund der Bedeutung des 3D-Modells für eine weitere Versenkerlaubnis bis 2021 und der hinreichend komplexen Zusammenhänge rund um die Salzabwasserversenkung soll den Ausschussmitgliedern in der kommenden Sitzung des Umweltausschusses die Möglichkeit gegeben werden, die unabhängigen Experten des HLUG anzuhören und zu befragen.

Themenschwerpunkte sollen sein:

- a) 3D-Grundwassermodell zur Nachverfolgung der versenkten Salzabwässer;
- b) Veränderungen der Beschaffenheit des Grundwassers durch die Salzabwasserversenkung generell und speziell bekanntermaßen durch eine im sog. 4-Phasen-Plan in Aussicht gestellte Versenkung über das Jahr 2015 hinaus;
- c) Vereinbarkeit der Versenkung von Salzabwässern mit den Wasserrahmenrichtlinien.

Für die Vorstellung und Diskussion mit den unabhängigen Experten des Landes soll ein Zeitraum von zwei Stunden eingeplant werden.

Begründung:

Die hessische Umweltministerin Priska Hinz geht, wie die K+S AG, davon aus, dass die Versenkung von Salzabwässern aus der Kaliproduktion in den Plattendolomit zu keiner Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen im Buntsandstein geführt hat (s. Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Drs. 19/1558, Frage Nr. 1). Darüber hinaus ist die Umweltministerin der Auffassung, dass weder die aktuelle noch eine mögliche Versenkung von Salzabwässern über das Jahr 2015 hinaus mit den Wasserrahmenrichtlinien vereinbar sei. Beide Annahmen widersprechen den Forschungsergebnissen der unabhängigen Experten des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie (HLUG). Sie gehen seit spätestens 2008 davon aus, dass die Versenkung "zwangsläufig erhebliche Auswirkungen auf den Grundwasserleiter Buntsandstein" hat, und empfehlen die Einstellung der Versenkung (s. HLUG 2008: Grundzüge der Salzabwasserversenkung). In ihrer hydrogeologischen Stellungnahme vom

10.07.2014 untermauern die Experten der HLUg ihre Auffassung mit Daten aus eigenen Untersuchungen und kritisieren die Datengrundlage der K+S AG.

Weil die Vorstellung des 3D-Modells durch die K+S AG am 16.04. ohne die Landesexperten der HLUg erfolgte, wurde am 23.04.2015 die Vorsitzende des Umweltausschusses darum gebeten, die Experten des HLUg zur Sitzung am 13.05. einzuladen, um a) ihre Untersuchungsergebnisse vorzustellen und b) den Ausschussmitgliedern eine Nachbereitung der Vorstellung des 3D-Modells durch die K+S AG zu ermöglichen (auch nachrichtlich an die Obleute). Die Ausschussvorsitzende hat am 27.04. mitteilen lassen, dass die Fachleute des HLUg nicht ohne Zustimmung des Ministeriums eingeladen werden könnten. Am 28.04. wurde die gleiche Bitte an die Ministerin herangetragen. Die Ministerin lehnte am 04.05. die Teilnahme der Experten an der Gremiensitzung ab (Mail an Marjana Schott). Dies begründete sie damit, dass das Gutachten des HLUg "bereits mehrfach und ausführlich behandelt wurde" und "seitens der Landesregierung sämtliche relevanten Informationen diesbezüglich gegeben" worden seien.

Diese Auffassung teilen wir nicht. Weil die Ministerin die Ergebnisse der Untersuchungen und insbesondere die Schlussfolgerungen, welche die Experten des HLUg aus den Untersuchungen ziehen, nicht teilt, wurden diese "relevanten Informationen" im Ausschuss seitens des Ministeriums auch nicht vorgestellt (s. z.B. Beantwortung der Dringlichen Berichtsanhträge Drs. 19/1558 u. 19/1694). Daher ist es ein berechtigtes Anliegen der Abgeordneten des Hessischen Landtages, die landeseigenen Experten selbst zu Wort kommen zu lassen und kritische Nachfragen an sie zu richten. Mit Verweis auf § 91 (2) der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sollte die hessische Umweltministerin das berechtigte Interesse des Ausschusses auf eine umfangreiche und unabhängige Information aktiv unterstützen.

Wiesbaden, 8. Mai 2015

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen